

Haushaltsrede für die AfD Rheinfelden (Baden)

!Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Rheinfelder,
Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Eberhardt,
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Schippmann,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
werte Kolleginnen und Kollegen aus Gemeinderat und Ortschaftsräten,
werte Pressevertreter,

Einen Haushalt aufzustellen – das klingt zunächst nüchtern, fast schon bürokratisch. Dessen angebliche Leichtigkeit bei der Durchführung, wurde dabei schon, zwar für den privaten Bereich, aber übertragbar, als Schlager vor Jahrzehnten ironisch besungen...oder in Abwandlung an Heinrich Heines „Nachtgedanken“ wäre in der derzeitigen Situation vielleicht angebrachter:

„Denk ich an den Haushalt in der Nacht, Dann bin ich um den Schlaf gebracht“.

Soweit ist es hoffentlich noch bei keinem der hier Anwesenden kommen.

Die Aufgabe, die uns allen zukommt, gleicht dabei einer komplizierten Schachpartie: Wir müssen klug priorisieren, vorausschauend handeln und manchmal auch mutige Entscheidungen treffen, um die richtige Balance zu finden. Und wie bei einem Puzzle fehlen oft die passenden Teile: Unvorhergesehene Ausgaben, sich ändernde Rahmenbedingungen oder schlicht der begrenzte finanzielle Spielraum erschweren es, alles unter einen Hut zu bringen.

Aber genau hier liegt unsere Verantwortung: Nicht alle Wünsche können erfüllt werden - Mut zur Priorisierung -, aber wir müssen sicherstellen, dass die Grundbedürfnisse - und im Wettbewerb der Gemeinden untereinander - eben auch mehr, gedeckt sind und die Gemeinde zukunftsfähig bleibt.

Unsere Haushaltsberatungen sind eben weit mehr als eine bloße Pflichtübung. Sie sind **die** Grundlage dafür, wie wir die Zukunft unserer Gemeinde gestalten, wie wir beispielsweise in Bildung, Infrastruktur, soziale Gerechtigkeit investieren. Hier entscheidet sich, wie wir unsere Prioritäten setzen und ob wir den Mut haben, schwierige, aber notwendige Entscheidungen zu treffen.

Es geht dabei eben nicht nur um nackte Zahlen und Tabellen, sondern konkret um die Lebensqualität unserer Bürger. Da sollte uns die aktuelle Umfrage (zwar nicht repräsentativ) des Orts-Checks (der Firma co-mind) und die Einstufung/Einschätzung der Bürger zur Kategorie Lebensqualität im Landkreis, die Rheinfelden mit der roten Laterne (aus 35 Gemeinden des LKR Lörrach) bedachte, mehr als zu denken geben. Dabei geht es nicht allein um finanzielle Ursachen, sondern auch um die Lenkungsaufgabe der Verantwortlichen, und damit auch unserem Gremium.

Gerne wird zur Erklärung der finanziellen Probleme oder Schieflage dann im Gemeinderat der Spruch „wegen der weltpolitischen Krisen“ benutzt, um die aktuellen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu erklären und zu rechtfertigen. Diese stellt niemand in Abrede, doch es ist zu kurz gesprungen und man macht es sich zu

einfach. Lieber sucht man eben die Verantwortung bei anderen, als bei sich selbst. Doch wie sah die Wirtschaftslage und die Ausgabensituation vor einem Jahr oder gar davor aus und welche Vorsorgemaßnahmen wurden getroffen, um drohende Ertragsseinbrüche durch sparsames Wirtschaften auszugleichen? Aufgrund wirtschaftspolitischer Fehlentscheidungen in Deutschland, wie Energiewende (Flutterstrom statt günstiger und sicherer Energie), Verbrennerverbot und E-Mobilität, war nicht unerwartet über Nacht adhoc mit einem Rückgang der deutschen Industrieproduktion und einer drohenden Rezession zu rechnen – nein, der Niedergang läuft seit einigen Jahren, begonnen unter Angela Merkel, und beschleunigt unter der inzwischen gescheiterten Ampel-Regierung, nun sind wir Schlusslicht unter den OECD-Staaten. Unser grüner Wirtschaftsminister würde wahrscheinlich daraus „positiv“[Anführungszeichen] folgern „Es kann nur noch aufwärts gehen“. Im Oktober stieg dabei inzwischen mit dieser kopflosen und ideologiegetriebenen Politik die Zahl der beantragten Insolvenzen in diesem Land der abgeschafften unternehmerischen Freiheit um 22,9% im Vergleich zum Vormonat (Statistisches Bundesamt). Abgeschreckt von zunehmend unerfüllbaren Abgas- und Produktionsvorschriften verlegen beispielsweise Automobilhersteller lieber ihre Produktionsstätten ins Ausland. Der Automobilsektor bindet (noch) die meisten Arbeitsplätze in Deutschland. In diesem Zusammenhang war die Vernichtung zigtausender Arbeitsplätze und die sich erhöhenden Einschnitte in jüngster Zeit in der Autoindustrie in Deutschland absehbar. Da Baden-Württemberg als Autoland davon besonders betroffen war, musste auch in Rheinfelden mit einem Rückgang der Steuereinnahmen bzw. Zuweisungen gerechnet werden, weshalb der Gemeinderat eine Haushaltskonsolidierung empfohlen hatte bzw. sich in der letzten Klausur selbst zur Aufgabe gemacht hatte. So wurden eben in dieser Klausurtagung, übrigens vor unserer Zeit als AfD-Fraktion im Gemeinderat, 16 sogenannte Prüfaufträge formuliert, mit denen Rheinfelden angesichts der drohenden Haushaltsdefizite Geld sparen bzw. die Einnahmen steigern könnte.

Die, wie OB Eberhard in seiner Rede zur Einbringung des Haushaltes 2025 vermerkte „in der überwiegenden Zahl der Städte und Gemeinden seit Jahren prekären Finanzsituation und die für uns weiter wachsenden Herausforderungen“ ist natürlich auch im Hinblick auf die insgesamt in Deutschland gestiegenen Steuereinnahmen - wohl nahezu 1 Billion EUR in 2024 - doppelt bitter und dem Bürger daher die „zu erwartenden finanziellen Grausamkeiten bzw. der Verlust oder zumindest Abbau auf ein Mindestmaß an den sogenannten freiwilligen Aufgaben“ schwer zu vermitteln. Dies auch mit Blick auf die weiter steigenden Einnahmen, dem Bürger u.a. abgepresst, durch die planmäßige Erhöhung der CO2-Abgabe zu Beginn des neuen Jahres. Dass dann den Gemeinden zudem immer weitere Aufgaben aufgebürdet werden, sie jedoch hierfür finanziell im Regen stehen gelassen werden ist gelinde gesagt eine bodenlose Frechheit. Auch das Konzept des FAG muss schleunigst vom Kopf auf die Füße gestellt werden – dieses Mal konnten wir uns dann quasi über eine geringere Steuerkraft aus dem Jahr 2023 „freuen“. Achim Brötel (CDU), Präsident des Deutschen Landkreistages, Landrat im Neckar-Odenwald-Kreis, bringt es in in einem WELT Interview vom 08.12.24 auf den Punkt: „Alle Schrauben, an denen auf unserer Ebene gedreht werden kann, sind schon längst am Anschlag. Die Landkreise sind ausgepresst wie eine Zitrone. Städte, Gemeinden und Landkreise erhalten momentan 14 Prozent der Steuereinnahmen und sollen damit 25 Prozent der Ausgaben bestreiten. So etwas kann auf Dauer nicht aufgehen.“ Wie recht er doch hat. Was wir hier kommunal auf

kann auf Dauer nicht gut gehen. Wie recht er doch hat... Was wir hier kommunal auf Gemeindeebene machen ist die Verwaltung des Mangels!

Schauen wir uns die Haushaltslage in Rheinfelden an:

Die Zahlen des Ergebnishaushaltes könnten uns ja im Gesamtergebnis für 2025 nochmal durchatmen lassen. Noch ein letztes Mal haben wir mit Ach und Krach ein PLUS erreicht. Doch in den Folgejahren 2026-2028 schlägt die Eingangs beschriebene hausgemachte BundesMisere knallrot durch (ich war so frei aufzurunden): -2,3 Mio. in '26 / -3.5 Mio. in '27 / -7.0 Mio. in '28. Die liquiden Mittel werden aufgezehrt. Um Investitionen kommen wir ja nicht herum – aufgeschoben ist ja bekanntlich nicht aufgehoben. Ein mehr können wir uns wenn wir uns ehrlich machen aber nicht mehr leisten. Aber selbst beim strukturellen Substanzerhalt steht am Ende die Verschuldung.

Trotz der auch ohne die glücklicherweise abgewendeten Erhöhung der leidigen Grundsteuer (über die verkorkste Reform und seine Folgen für die Bürger haben wir uns glaube ich im Gremium genug ausgetauscht – insofern verzichte ich hier auf weitere Ausführungen), gestiegenen Steuereinnahmen auf über 50 Mio. fressen die Aufwendungen diese allesamt wieder auf. Und damit meine ich sicher nicht die Unterhaltung unserer Bildungseinrichtungen, unserer Kultur- und Freizeiteinrichtungen sowie Gebäuden und Straßen. Das die Transferaufwendungen sich der 50%-Marke nähern ist nochmals eine Erinnerung an meine obigen Ausführungen, ich fasse zusammen „Zitrone leer“.

Das unsere Investitionen in die Digitalisierung (Höhe 900.00 EUR) in nicht zu ferner Zukunft Früchte bzw. Einsparungen tragen erwarten wir wohl alle sehnlichst.

Da jeder Euro der eingenommen wurde eben auch nur einmal ausgegeben werden kann, war es unumgänglich aus den bereits erwähnten Prüfaufträgen, sowie pauschalen Kürzungen (um 5%), Einsparungen zu generieren. Auch die Gewerbesteuer wurde um 20 v. H. Hebesatzpunkten erhöht. Uns ist bewusst, dass dies alleine nicht auskömmlich ist. Dennoch denken wir, das sparen und prüfen jeglicher Ausgabenposten in dieser Situation ein unumgänglicher Weg ist. Das Kernproblem des falschen Einsatzes unserer üppig fließenden Steuergelder lösen wir leider auf unserer kommunalen Ebene nicht. Die Lösung kann aber auch auf kommunaler Ebene weder sein ständig an der Steuerschraube zu drehen, noch Probleme durch maßlose Verschuldung an kommende Generationen weiterzureichen.

Für unseren Finanzhaushalt ergibt sich unter Einbezug der Ergebnisse unserer Haushaltsberatungen:

Saldo aus Investitionstätigkeit:

-8.8 Mio. ('25), -16.3 Mio. ('26), -1.3 Mio., ('27), 1.8 Mio. ('28)

Saldo aus Finanzierungstätigkeit:

-203 TSD ('25), -203 TSD ('26), 232 TSD ('27), 1.7 Mio ('28)

Finanzierungsmittelbestand:

-4,9 Mio. ('25), -15 Mio. ('26), - 800 TSD ('27), 100 TSD ('28)

Gesamtsumme der Verpflichtungsermächtigungen bei 19 Mio

Ich möchte nun gerne noch ein paar „spezielle „Posten aus dem Haushalt 2025 herausgreifen:

Die Kreisumlage:

Wie erleichtert wir nun alle sind, dass die Kreisumlage nun statt um 3 um nur 2 Punkte auf „lediglich“ 38 Punkte steigt. Dennoch bedeutet dies gegenüber dem Haushaltsjahr 2024 für uns einen Mehraufwand von rund 1.2 Mio EUR. Wir bezahlen hier als Kommune für die verfehlte Migrationspolitik und die stetig steigenden Sozialleistungen –das dringend zu überarbeitende Bürgergeld (Stichwort Empfängerkreis, siehe diverse statistische Erhebungen) ist hierfür ein Beispiel. Es ist das Geld, welches hier vor Ort in der Gemeinde so dringend benötigt würde und nun mühsam durch Kürzungen zusammengespart werden muss.

Stellenzuwachs / Personal und Klimapolitik:

Es zeigen sich überproportional gestiegene Personalkosten. Die Personalaufwendungen steigen (nachdem 2023 auf 2024 bereits um 10%) um rund 1.6 Mio auf dann ca. 28.2 Mio EUR (6%). Die Stellenmehrungen beträgt 8,2 Stellen. Wir sehen daher den dringenden Bedarf einer Effizienzsteigerung, auch der Stellenschlüssel muss auf den Prüfstand. Gerade aus den genannten Gründen sind wir gegen sinnfreie Stellen im so genannten Klimamanagement. Wir können uns diesen Popanz einfach nicht leisten. Es handelt sich nämlich bei sämtlichen Investitionen in den angeblichen „Klimaschutz“ nur um Scheinlösungen, für das gute grüne moralische Gewissen. Während wir aber unseren Bürgern durch den CO2-Wahn die finanzielle Luft zum Atmen nehmen, erhöhen andere Staaten ihren CO2-Ausstoß um ein mehrfaches unserer Einsparungen. Zudem ist Deutschland auf Grund der widersprüchlichen Energiepolitik ja selbst krachend an seinen Einsparzielen gescheitert.

Die meisten haben ja auch bereits erkannt, dass die selbstgesteckten Klimaziele ob 2030 oder 2040 einfach auch auf kommunaler Ebene utopisch und nicht finanzierbar sind. Klar, wir können den Standard Deutschland ja vollends ruinieren, - dann bitte weiterhin auch im Maschinenraum der kommunalen Verantwortungsträger bundesweit ein volles Kraft voraus!

Ausgaben für Bildung, Kinderbetreuung und Gesundheitsversorgung

Bei unseren Pflichtaufgaben, insbesondere bei Kindergärten und Schulen stellt sich nicht die Frage nach dem Ob einer Investition, wohl aber nach dem Wie. Wie sich beispielsweise zukünftig die Zahlen der Flüchtlinge und Asylsuchenden im Landkreis und damit auch in Rheinfelden entwickeln werden, wird wohl insbesondere vom Wahlausgang der kommenden Bundestagswahl abhängen.

Wirtschaftspläne 2025 der Eigenbetriebe Bürgerheim, Abwasserbeseitigung und Stadtwerke Rheinfelden (Baden)

Während die Stadtwerke und die Abwasserbeseitigung in 2025 keine Gebührenerhöhungen vorsehen, haben die Bürger dennoch mit den indirekten Kostensteigerungen durch die Energiepolitik zu kämpfen. Die geplanten Erhöhungen der CO2-Abgabe auf Gas und die steigenden Netzentgelte werfen einen Schatten auf die Gebührensituation. Die CO2-Abgabe und die Erhöhung der Netzentgelte

auf die Geburtenrate. Die CO₂-Abgabe und die Erhöhung der Netzentgelte führen dazu, dass die Gaspreise wohl weiter steigen werden, was insbesondere für

Haushalte mit höherem Heizbedarf oder geringeren Einkommen problematisch ist. Der Klimaschutz darf nicht auf Kosten der Verbraucher gehen, ohne dass eine faire und sozialverträgliche Lösung gefunden wird. Es muss dringend über Maßnahmen nachgedacht werden, wie die Energiewende finanziell entlastend gestaltet werden kann, ohne die Menschen weiter zu belasten.

Während wir Investitionen in die Infrastruktur generell begrüßen – bei der Abwasserbeseitigung sollen von den geplanten knapp fünf Millionen Euro Investitionen ein großer Teil in die Umsetzung der Maßnahme aus dem Generalentwässerungsplan für den Ortsteil Minseln fließen; die Stadtwerke investieren im kommenden Jahr rund acht Millionen in den Ausbau des Nahwärmenetzes und knapp fünf Millionen in den Ausbau des Wasserleitungsnetzes sowie entsprechende Speicheranlagen, sehen wir gerade bei der Forcierung des ideologiegetriebenen Nahwärmeausbaus und der damit verbundenen hohen Kosten die Problematik der exorbitant hohen finanziellen Belastung der Bürger und das zukünftig beispielsweise gerade die Gaskunden das nachsehen haben. Hier gehört der Schalter jedoch auf höherer politischer Ebene schleunigst umgelegt.

Schlusswort

Bevor ich zum Ende komme noch ein Wort zu unserem Kreiskrankenhaus:

Hier haben alle Fraktionen in den letzten Monaten zusammengestanden. Wir werden die kommenden Schritte auf dem Weg zu einem angestrebten MVZ in Rheinfelden, konstruktiv unterstützen. Dies sind wir unseren Bürgern schuldig.

Unser herzlicher Dank geht an alle Beschäftigten und Ehrenamtlichen für ihr Engagement und ihre Einsatzbereitschaft, die sie im vergangenen Jahr zum Wohle unserer Stadt und seiner Bürger eingebracht haben.

Ihnen, meine Damen und Herren, danke ich für Ihr aufmerksames Zuhören.

Die AfD-Fraktion stimmt dem vorgelegten Haushaltsplan 2025 mit Finanzplanung zu, gleiches gilt für die Wirtschaftspläne 2025 der Eigenbetriebe Bürgerheim, Abwasserbeseitigung und der Stadtwerke Rheinfelden (Baden).

Ich wünsche Ihnen schöne Festtage und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

